

1971 sowie der Vereinbarungen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der BRD sowie zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin.

Die zunehmende internationale Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein wichtiger Faktor der Festigung des Friedens. Weitere Fortschritte in dieser Richtung, einschließlich der Herstellung von Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der BRD entsprechend den Normen des Völkerrechts, werden ein wichtiger Beitrag zur Sache des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sein.

Die Teilnehmer der Tagung treten dafür ein, daß die Frage der Aufnahme der DDR und der BRD in die Organisation der Vereinten Nationen ohne weitere Verzögerung gelöst wird.

Die Teilnehmer der Tagung stellen mit Befriedigung fest, daß zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Regierung der BRD ein Meinungsaustausch über die ungelösten Fragen in den Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern geführt wird, vor allem über die Anerkennung der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an. Sie unterstützen die gerechten Forderungen der CSSR und sind der Auffassung, daß eine entsprechende Übereinkunft der Verbesserung der Atmosphäre in Europa förderlich sein wird.

Die Verwirklichung dieser Schritte wird zur schnellen und radikalen Beseitigung der Folgen der langen Periode des Mißtrauens und der Spannungen aus den Beziehungen der BRD mit den sozialistischen Ländern und zu deren voller Normalisierung beitragen, was die Vertiefung der Entspannung auf dem europäischen Kontinent und die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten fördern würde.

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten begrüßen es, daß Aussicht auf weitere positive Veränderungen in Europa besteht. Zugleich berücksichtigen sie, daß in Europa auch weiterhin diejenigen Kräfte wirken, die daran interessiert sind, die Spannungen zu erhalten, die einen europäischen Staaten zu den anderen in Gegensatz zu bringen, und Möglichkeiten zu behalten, die Entwicklung der Ereignisse auf dem europäischen Kontinent erneut in Richtung auf eine Verschärfung zu lenken. Wie die Tatsachen, darunter auch der allerjüngsten Zeit, zeigen, ist für diese Kräfte die europäische Politik außerhalb des Blockdenkens nicht vorstellbar. Sie sind bestrebt, das Wettrüsten auf dem europäischen Kontinent weiter zu verstärken. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages können nicht umhin, daraus die entsprechenden Schlußfolgerungen für ihre Sicherheit zu ziehen. Sie sind jedoch überzeugt, daß gegenwärtig in Europa